



Grünliberale Partei Schweiz

## Medienmitteilung

Thema	Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds
Für Rückfragen	Markus Stadler, Ständerat, Mitglied KVF-S, +41 79 337 12 16 Jürg Grossen, Nationalrat, Mitglied KVF-N, +41 79 444 94 65
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Laupenstrasse 2, 3008 Bern Tel. +41 31 311 33 03 E-Mail <a href="mailto:schweiz@grunliberale.ch">schweiz@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.grunliberale.ch">www.grunliberale.ch</a>
Datum	18. Februar 2015

Der Bundesrat will offensichtlich keine Kostenwahrheit und Verursachergerechtigkeit beim Verkehr

**Die heute präsentierte Botschaft für einen Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds zeigt exemplarisch, dass der Bundesrat offensichtlich keine Kostenwahrheit und Verursachergerechtigkeit beim Verkehr will. Statt die Basis für ein verursachergerechtes Mobility Pricing unter Einbezug der externen Kosten wie Schadstoff- und CO<sub>2</sub>-Emissionen zu schaffen, schlägt der Bundesrat einen marginal erhöhten Mineralölsteuerzuschlag von 6 Rappen vor. Ohne Kostenwahrheit kommen für die Grünliberalen Ausbauten der Nationalstrassen nicht in Frage. Damit die durch den Verkehr verursachten Schadstoff- und CO<sub>2</sub>-Emissionen endlich einen angemessenen Preis erhalten, braucht es am 8. März deshalb umso mehr ein Ja zur Volksinitiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“.**

Die Grünliberalen stehen der heute präsentierten Botschaft des Bundesrats für einen Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds kritisch gegenüber. Eine einheitliche Finanzierung von Strassen- und Schieneninfrastruktur ist zwar richtig, diese muss aber über ein verursachergerechtes Mobility Pricing unter Einbezug der externen Kosten wie Schadstoff- und CO<sub>2</sub>-Emissionen erfolgen. Mit einem marginal erhöhten Mineralölsteuerzuschlag von 6 Rappen wird diese Vorgabe aber nicht einmal im Ansatz erreicht. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Finanzierung über eine vollständige Zweckbindung der Automobilsteuer ist keine Alternative, da diese Wenigfahrer und Vielfahrer gleichermassen belastet und somit nicht verursachergerecht ist. Mit mehr Kostenwahrheit beim Verkehr würden einige Grossinvestitionen in neue Strassen aufgrund der sinkenden Nachfrage hinfällig. Die Grünliberalen werden sich im Parlament für eine verursachergerechtere Finanzierung einsetzen. Ohne Kostenwahrheit kommen für die Grünliberalen Ausbauten der Nationalstrassen nicht in Frage.